



# Bündner Gewerbe

Wirtschaftsmagazin für das Gewerbe in Graubünden | 1/2019

## Zersiedelungs- initiative

Radikal und überflüssig

## Energiewende

Konkrete Massnahmen  
der Wirtschaft

## Hotelleriesuisse GR

Hoteliers feiern  
100-Jahr-Jubiläum

## sgv-Winterkonferenz

Zum 70. Mal in Klosters



# Radikal – zentralistisch – schädlich



Liebe Gewerblerinnen  
und Gewerbler

Die Zersiedelungsinitiative erreicht in der aktuellen Umfrage immer noch eine Mehrheit. Das ist gefährlich, denn, was sie vorschlägt, ist viel zu radikal und engt die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft ganz gravierend ein. Lassen wir es nicht so weit kommen wie bei der Zweitwohnungsinitiative. Gehen Sie an die Urne und werfen Sie ein Nein ein.

Das Rezept, das die Initiative vorschlägt, ist bestechend einfach: Die Bauzonen sollen auf dem heutigen Stand eingefroren werden, neue Einzonungen sind nur zulässig, wenn andernorts Bauland in mindestens gleichem Umfang und gleicher Qualität aufgehoben und umgezont wird. Der Kompensationsmechanismus der Zersiedelungsinitiative ist radikal einfach. Aber er ist schlicht nicht brauchbar. Man muss sich im Klaren sein: Graubünden – und das gilt für alle Kantone und damit die ganze Schweiz – ist nicht fertig gebaut. Wir müssen uns darauf einstellen, eine weiter zunehmende Bevölkerung und eine weiter wachsende Wirtschaft zu beherbergen, mit all ihren Ansprüchen an Wohn-, Gewerbe- und Industrieflächen und Raum für die Infrastruktur. Man mag diese Entwicklung bedauern oder gegen sie sein, aber es wäre Augenwischerei zu meinen, mit der Zersiedelungsinitiative könne sie aufgehalten werden. Die künftigen Bedürfnisse sind in den Kantonen und Regionen sehr unterschiedlich, bei uns und anderswo. So ist es schwer vorstellbar, mit der numerischen Kompensation von Ein- und Auszonungen innerhalb einzelner Gemeinden, Regionen oder Kantone zu guten Resultaten zu kommen. Dazu braucht es nicht eine Radikalkur, sondern eine überlegte, auch kantonsübergreifende Raumplanung, die den nötigen Spielraum gewährt.

Mit der Reform des Raumplanungsgesetzes 2014 hat die Schweiz die Weichen bereits so gestellt, dass die Zersiedelung gedrosselt wird, ohne künftige Entwicklungen zu verunmöglichen. Die Kantone dürfen nur noch Bauzonen für den Bedarf der nächsten 15 Jahre ausscheiden und müssen überdimensionierte Baulandreserven zurückzonen. Was das für viele Gemeinden in Graubünden heisst, ist bekannt: zum Teil massive Reduktion der Bauzonen. **Es ist wirklich nicht nötig, noch mehr zu tun.** Schon jetzt ist innerhalb des Siedlungsgebiets verdichtetes Bauen angesagt. Auch dazu braucht es die Initiative nicht. Anders gesagt: Die Wirkungen der Revision sind bereits spürbar und werden sich in den nächsten Jahren entfalten. Derzeit läuft zudem die zweite Etappe der Revision, die auch das Problem der Bauten in den Nichtbauzonen angeht. Die Schweiz hat gegen die Zersiedelung bereits gute Lösungen auf den Weg gebracht und weitere werden folgen. Die Zersiedelungsinitiative mit ihrem radikalen Ansatz steht hingegen quer in der Landschaft. Sie verhindert in Graubünden eine sinnvolle Entwicklung, Neuansiedelungen von Unternehmen werden zusätzlich erschwert und die Wettbewerbsfähigkeit des ganzen Landes wird beeinträchtigt. **Kurz: Sie ist ungerrecht, kontraproduktiv und verhindert wegen ihres zentralistischen Ansatzes massgeschneiderte Lösungen.** Helfen Sie bitte mit, liebe Gewerblerinnen und Gewerbler, diese Initiative zu bodigen.

Herbert Stieger, Präsident



# Zersiedelungsinitiative ist überflüssig

**Für das Nein-Komitee ist die Zersiedelungsinitiative «überflüssig und unnütz». Sie verhindere eine sinnvolle Entwicklung der Gesellschaft und Wirtschaft. Das revidierte Raumplanungsgesetz genüge vollauf für den massvollen Umgang mit dem Boden.**

Mi. Das breit abgestützte Bündner Komitee aus prominenten Vertretern bürgerlicher Parteien und Verbänden hat überzeugende Argumente gegen die Initiative. Sollte die Eidgenössische Initiative vom Stimmvolk am 10. Februar 2019 angenommen werden, soll es in der Schweiz keine neue Bauzone mehr geben, ohne dass eine gleich grosse Fläche ausgezont wird.

Die Initiative geht damit radikal weiter als das revidierte Raumplanungsgesetz von 2014 und will die Bauzonen auf ewige Zeiten einfrieren. Für Heinz Dudli (Präsident Handelskammer und Arbeitgeberverband) kann aber ein Beharren auf einem starren und unflexiblen Raumplanungsmodell niemals zielführend sein. «Sogar die Ansiedelung von neuen Unternehmen ist gefährdet», so Dudli weiter. Auch sein Parteikollege Nationalrat Duri Campell (BDP) kann der Initiative nichts Positives abgewinnen. Boden ist für ihn ein Produktions- und Wettbewerbsfaktor. «Der Boden braucht Flexibilität, aber nicht einen absoluten Schutz oder sogar ein Einfrieren der Bauzonen.»

Zudem führt das Begehren der Jungen Grünen Partei zu einer ungerechten Behandlung der Kantone. Kantone und Gemeinden, die bisher sorgsam mit ihrem Boden umgegangen sind, werden bestraft. Martin Schmid (Ständerat FDP) gehört ebenfalls zu den vehementen Gegnern der Initiative. Er sieht im Volksbegehren «einen weiteren



Zusätzliche Vorschriften schiessen übers Ziel hinaus und würden die Weiterentwicklung des touristischen Angebots in den Bergen verunmöglichen

(Bild: sgv/André Albrecht)

Angriff auf den Föderalismus. Die schlechende Zentralisierung in der Raumplanung schränkt die Entscheidungsfreiheit von Gemeinden und Kantonen stark ein.» Und SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo doppelt nach: «Um die Zersiedelung

## «Die Initiative ist eine Utopie»

wirksam zu bekämpfen, brauchen die Kantone in ihren Baugesetzen und Richtplänen nicht mehr, sondern weniger Gesetze.»

### Überforderte Kantone und Gemeinden

Laut Ständerat Stefan Engler (CVP) geht es vorerst darum, «das revidierte Raumplanungsgesetz umzusetzen». Bevor dies getan sei, solle man nicht schon wieder neue Änderungen einbauen. «Neue Vorschriften verärgern Bürgerinnen und Bürger nur»,

Planungssicherheit, Verlässlichkeit und rechtsgleiche Behandlung würden auf der Strecke bleiben, wenn man nicht Schritt für Schritt vorgehe. Auch Herbert Stieger (Präsident Bündner Gewerbeverband) betrachtet den Zeitpunkt der Initiative als verfehlt und macht auch auf die Folgen aufmerksam. Er spricht die Verknappung des Baulandes an: «Die geltende Raumplanung ist auf Kurs. Die Initiative führt dagegen zu höheren Landpreisen und Mieten und zur Gefährdung von Arbeitsplätzen.»

Ein Ja zur Initiative würden Bund, Kantone und Gemeinden hoffnungslos überfordern. Eine Annahme werde zudem zu einer völlig neuen Rechtslage führen und die laufenden Bestrebungen von Kantonen und Gemeinden über den Haufen werfen. Ernst «Aschi» Wyrsh, Präsident hotellerieusuisse Graubünden, ist sich der Bedeutung der Landschaft für den Tourismus sehr wohl bewusst, hat aber kein Verständnis für die Anliegen der Initianten. «Richtig verstandene Raumplanung ist doch kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, um die verfügbare Fläche unter Berücksichtigung aller Faktoren zu optimieren», so Wyrsh. Dass auch die politisch aktiven Tourismusorganisationen keinen Sinn in der Initiative sehen, erstaunt nicht, wenn man sich

Die Jungen Grünen haben die Zersiedelungsinitiative im Oktober 2016 mit 135 000 Unterschriften eingereicht. Grüne, Juso, Alpeninitiative, umkehrR und weitere Jungparteien und Organisationen unterstützen das Volksbegehren. Das Parlament empfiehlt die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Auch für den Bundesrat ist die geforderte Regelung zu starr, ungerecht und kontraproduktiv.



Sie unterstützen in einem überparteilichen Bündner Komitee ein Nein zur Zersiedelungsinitiative



Heinz Dudli



NR Duri Campell



SR Martin Schmid



NR Magdalena  
Martullo-Blocher



SR Stefan Engler



Herbert Stieger



Ernst «Aschi» Wyrsch



Seppo Caluori



Martin Hug



Markus Derungs



Thomas Hess

etwas genauer mit dem Inhalt der Initiative befasst. Für Seppo Caluori, Präsident Gastro Graubünden, würde die Weiterentwicklung des touristischen Angebots in den Bergen verunmöglicht. «Die Hausaufgaben in der Raumplanung wurden mit der Revision des RPG gemacht. Die zusätzlichen Vorschriften schiessen weit übers Ziel hinaus und würden die Weiterentwicklung des touristischen Angebots in den Bergen verunmöglichen».

#### Unternehmen werden behindert

Dabei haben die Berggemeinden schon genug zu kämpfen mit den Folgen der Zweitwohnungsinitiative und Martin Hug, Präsident Bergbahnen Graubünden, gibt denn auch zu bedenken, dass das «Raumplanungsrecht bereits heute viele Vorschriften hat, die eine nachhaltige, regionsspezifische Entwicklung im Berggebiet hemmen.» Aber nicht nur der Tourismus wird in Graubünden gehemmt. Markus Derungs, Präsident Graubündnerischer Baumeisterverband, ist überzeugt, dass viele Unternehmen in ihrer Entwicklung behindert werden, wird der Initiative zugestimmt. «Arbeitsplätze werden gefährdet und bei den Gemeinden wird wegen der

restriktiven Vorschriften der Initiative die Realisierung von Infrastrukturen wie Schulen, Spitäler oder Alterswohnungen erschwert.

#### Auf den Punkt gebracht

Neueinzonungen von Bauland müssten zukünftig kompensiert werden. Dies schafft gemäss den Initianten einen wichtigen Anreiz, das vorhandene Bauland auch

effizient zu nutzen statt immer mehr Grünland zu verbauen. Thomas Hess, Präsident des Hauseigentümergebundes Graubünden, bringt diese Forderung auf den Punkt. Er meint: «Die Initiative ist utopisch. Jede neu geschaffene Parzelle Bauland müsste durch die Auszonung einer gleichwertigen Parzelle an einem anderen Ort kompensiert werden. Ein Irrsinn sondergleichen.»

